

SCHWEIZ AHV-REVISION

Höheres Frauen-Rentenalter

bleibt im Paket

Ring frei zum Kampf um die 10. AHV-Revision: Der Nationalrat hat es abgelehnt, die Vorlage aufzuteilen, um die unbestrittenen Verbesserungen vor dem Referendum gegen das höhere Frauen-Rentenalter zu schützen.

sda - Die vereinigte Linke, Gewerkschaften Frauen- und Rentnerorganisationen nehmen den Fehdehandschuh auf. An der schrittweisen Erhöhung des Frauen-Rentenalters von 62 auf 64 Jahre gab es am Mittwoch nichts mehr zu rütteln. Zur Diskussion stand nur noch die Frage, wie diese bittere Pille versüsst werden soll. Die grosse Kammer folgte dem Ständerat: Während einer Übergangszeit von acht Jahren sollen Frauen, welche die Rente vorbezahlen wollen, nur eine Kürzung um 3,4 statt 6,8 Prozent pro Vorbezugsjahr hinnehmen müssen.

Die Haupterrungenschaft der 10. AHV-Revision - der Systemwechsel von der Ehepaarrente zum Splitting mit Erziehungs- und Betreuungsgutschriften - stand nach dem Einlenken des Ständerates nicht mehr zur Diskussion. Quer durch die Parteien war man sich einig, dass damit ein entscheidender Durchbruch gelungen sei. Auch Bundesrätin Ruth Dreifuss rühmte das Parlament ausdrücklich dafür.

Vorlage als Ganzes

Umso drängender war die Sorge, dass das Splitting im Strudel des Referendums gegen das Frauen-Rentenalter untergehen könnte. Um die Gefahr zu bannen, schlug die SP die Aufteilung der Vorlage vor, damit das Volk getrennt über das Rentenalter entscheiden könne. Die Bürgerlichen hingegen sahen in der Revision ein Ganzes.

Damit war der Kampf besiegelt: Die vereinigte Linke wird gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters das Referendum ergreifen. Die Verbesserungen wie das Splitting und

die Anerkennung der Familienarbeit will sie nach gewonnener Abstimmung in einer Sondersession durchbringen.

«Volk faktisch erpresst»

Mit der Rentenalter-Erhöhung werde ein massiver Sozialabbau betrieben, sagte SP-Präsident Peter Bodenmann. Die Frauen müssten die gesamten Kosten der 10. AHV-Revision zahlen und erst noch zur Sanierung der Bundesfinanzen beitragen. Es zeuge von Zynismus der Bürgerlichen, dass sie die Aufteilung der Vorlage verhindert hätten. Damit werde das Volk faktisch erpresst.

Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Gewerkschaften, Frauen- und Rentnerorganisationen haben am Nachmittag ebenfalls die Bildung eines Referendumskomitees beschlossen. Gemeinsam in den Kampf gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters ziehen PdAS, FraP und FraPoli als Vertreterinnen der Unabhängigen Feministischen Frauenlisten (UFF), Ofra, Frauengewerkschaft Schweiz, CRT Romande, Gewerkschaftsbund Süd-Jura und Avivo. Gemäss Communiqué engagiert sich das Komitee gleichzeitig für die Realisierung des 'Erziehungsbonus' und des Splittings in der AHV.

Für und wider Referendum

Das Referendum gegen die 10. AHV-Revision kündigt auch der Christlichnationale Gewerkschaftsbund (CNG) an, der den Entscheid des Nationalrates als «nicht akzeptabel» bezeichnet. Die «Päcklipolitik» der bürgerlichen Parteien sei Sozialabbau zulasten der Schwächsten.

Nicht einverstanden mit dem Referendum erklärten sich die Grünen. Sie wollten das Splitting nicht gefährden und das Frauenrentenalter 62 deshalb mit einer Volksinitiative wiederherstellen, sagte Verena Diener im Nationalrat. Nach Meinung der Liberalen setzt die Linke mit dem Referendum einen ausgewogene Vorlage aufs Spiel.